

Hintergrundpapier

Nr. 3/ Januar 2010

Präsidentschaftswahlen in der Ukraine

von Dr. Heike Dörrenbächer und Dr. Volodymyr Oliinyk

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine sind im Unterschied zu 2004 keine Richtungsentscheidung für oder gegen Demokratie. Es wird ein hartes Kopf-an-Kopf Rennen zwischen Julia Tymoschenko und Viktor Janukowytsch erwartet, in dem die übrigen Kandidaten eher die Rollen der Stimmgeber haben bzw. sich in eine gute Ausgangsposition für politische Posten nach den Wahlen bringen wollen.

Am 17. Januar finden in der Ukraine Präsidentschaftswahlen statt. Da davon auszugehen ist, dass keiner der 18 Kandidaten eine absolute Mehrheit erhalten wird, wird die Präsidentschaftswahl am 7. Februar in einer Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten entschieden, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben.

In allen Meinungsumfragen liegen die derzeitige Ministerpräsidentin der Ukraine, Julia Tymoschenko und der Vorsitzende der Partei der Regionen, Viktor Janukowytsch vorne. Es ist wenig wahrscheinlich, dass andere Kandidaten wie Arsenij Jatzjenjuk oder Sergej Tihpko in die zweite Runde kommen.

Die Präsidentschaftswahlen sind im Gegensatz zu 2004 keine Schicksalswahl für oder gegen Demokratie und Zusammenarbeit mit dem Westen. Dennoch wird vom Ausgang der Wahl abhängen, ob es gelingt, das Land aus der politischen Blockade herauszuführen.

Was sind die Kompetenzen des Präsidenten?

Der Präsident gilt als Garant der Verfassung und bestimmt die Richtlinien der Außenpolitik. Er hat das Vorschlagsrecht für die Ämter des Premierministers, Außenministers, Verteidigungsministers und des Leiters des Geheimdienstes. Allerdings braucht er dafür die Mehrheit in der Wer-

chowna Rada (dem ukrainischen Parlament). Er ist Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte und Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, eines Gremiums, das beratende Funktion in Fragen der Sicherheit und Verteidigung für den ukrainischen Präsidenten hat.

Der Präsident beruft und entlässt den Generalstaatsanwalt, die Botschafter und Konsuln, den Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee. Er kann nach bestimmten Regeln das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen und verfügt über ein Veto im Gesetzgebungsprozess, das aber mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament überstimmt werden kann.

Die Kompetenzen des Präsidenten sind vor allem im Bereich der Außenpolitik weit gefasst, aber innenpolitisch auch klar begrenzt. Durch das Vorschlagsrecht für den Außen- und Verteidigungsminister und die Möglichkeit des Präsidenten, Gesetze mit seinem Veto zu blockieren, kann es bei unterschiedlichen Auffassungen von Premierminister und Präsident zu erheblichen Störungen im politischen Prozess kommen. Dies haben die letzten beiden Jahre deutlich gezeigt, die von politischen Auseinandersetzungen zwischen Premierministerin und Präsident geprägt waren. Fast alle Präsidentschaftskandidaten plädieren deshalb für eine Verfassungsänderung, um die Kompetenzen zwischen Präsident und Premierminister klarer zu regeln.

Betrachtet man die Wahlprogramme der einzelnen Kandidaten, so ist festzustellen, dass sie zum Teil Aussagen enthalten, die gar nicht in die Kompetenz des Präsidenten fallen. Zum einen versuchen alle Kandidaten, mit weitreichenden Versprechungen ein möglichst breites Wählerspektrum für sich zu gewinnen. Zum anderen stellen sie Forderungen auf, z.B. nach vorgezogenen Parlamentswahlen oder für Personalentscheidungen bezüglich des Ministerpräsidenten, Parlamentssprechers, Ministern etc. unter dem neuen Präsidenten.

Im Folgenden werden die wichtigsten Kandidaten, die für die Politik der Ukraine auch nach den Präsidentschaftswahlen eine Rolle spielen könnten, nach ihrem derzeitigen Rating für den ersten Wahlgang vorgestellt. Auch Randfiguren wie Oleg Tiahnybok und Wasyl Protywsich werden kurz beschrieben, weil sie einen Einblick in das politische Leben der Ukraine geben. Da es nicht möglich ist, die gesamte Bandbreite der Versprechungen aufzuführen, sind vor allem Aspekte im Verhältnis zu EU, NATO und Russland, sowie Besonderheiten einzelner Kandidaten berücksichtigt. Eine tabellarische Übersicht über die wichtigsten Kandidaten, ihre programmatischen Ziele und ihre Ratings ist im Anhang enthalten.

Die Kandidaten

Viktor Fedorowytch Janukowytch

Janukowytch tritt ein für:

- Einführung der russischen Sprache als zweite Staatssprache
- Blockfreier Status der Ukraine (damit ist gemeint: Kein Beitritt zur NATO)
- Wiederherstellung der freundlichen und beiderseitig vorteiligen Beziehungen mit Russland und den GUS-Staaten
- Strategische Partnerschaft mit den USA, der EU und den G-20 Ländern

Viktor Janukowytsch ist der Vorsitzende der „Partei der Regionen“. Er führt derzeit mit ca. 30 Prozent in den Umfragen für den ersten Wahlgang. Für die Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinen, liegt Janukowytsch nach den aktuellen Meinungsumfragen zwischen 38 und 46,4 Prozent (siehe Tabelle im Anhang). Die Wirtschaftskrise und die Unzufriedenheit vieler Ukrainer mit der wirtschaftlichen Situation im Land trugen stark zu seinem Popularitätsgewinn bei. Seine Partei setzte im Herbst im Parlament – nicht zuletzt aus wahltaktischen Überlegungen – zusammen mit den Kommunisten ein Gesetz über die Anhebung der Mindestlöhne durch. Wie diese allerdings finanziert werden sollen, blieb unklar, und weil der Haushalt für 2010 noch nicht verabschiedet ist kann das Gesetz nicht umgesetzt werden. Experten schätzen, dass zur Finanzierung von erhöhten Mindestlöhnen jeder zweite Staatsangestellte entlassen werden müsste. Janukowytsch bedient die Hoffnung vieler Ukrainer auf einen „starken Mann“, der endlich politische und wirtschaftliche Stabilität bringen soll. Politisch zeichnete sich die Partei der Regionen seit Mai 2009 mehr durch ständige Blockaden des Parlaments als durch konstruktive inhaltliche Oppositionsarbeit aus.

Viktor Janukowytsch ist zweimal vorbestraft und war wegen Raub und schwerer Körperverletzung im Gefängnis. Viele Ukrainer lehnen ihn deshalb als ihren Präsidenten ab. Janukowytsch will mit seiner Wahl zum Präsidenten die politische Revanche für seine Niederlage gegen Viktor Juschtschenko 2004. Wenn er die Präsidentschaftswahlen nicht gewinnt, könnte seine politische Laufbahn beendet sein. In der Partei der Regionen gibt es mehrere einflussreiche Gruppierungen um die „jungen“ Parteifinanziers Rinat Achmetov und Boris Kolesnikow, die Brüder Kljuev, Unternehmer aus dem Energiebereich, und die „alte Donezker Garde“ um die Parteigründer Mykola Asarow und Wolodymyr Rybak, und die Anhänger des Chefs von RosUkrEnergo, Dmytro Firtasch, der ehemaligen dubiosen Vermittlerfirma zwischen Gazprom und Naftogas Ukraina, um nur einige zu nennen. Bei einem Misserfolg wird es eine innerparteiliche Auseinandersetzung um die Nachfolge von Janukowytsch geben.

Julia Wolodymyriwna Tymoschenko

Tymoschenko tritt ein für:

- EU-Mitgliedschaft
- Beitritt zu Systemen der kollektiven Sicherheit (gemeint ist der Beitritt zur NATO) nur nach Referendum
- Freundschaftliche Beziehungen mit Russland und GUS-Staaten zum beiderseitigen Vorteil

Julia Tymoschenko ist Vorsitzende der Partei „Batkiwtschyna“ (Vaterland) und des Wählerblockes Block Julia Tymoschenko BJUT. Sie ist Wirtschaftsingenieurin und ehemalige Unternehmerin. Von 1995–1997 war sie die Chefin des Energiekonzerns „Vereinigte Energiesysteme der Ukraine“. 1999 wurde sie stellvertretende Ministerpräsidentin unter Viktor Juschtschenko. Im Jahr 1999 gründete sie die Partei „Batkiwtschyna“. Nach der Orangen Revolution machte sie Präsident Viktor Juschtschenko im Februar 2005 zur Ministerpräsidentin und entließ sie nach politischen Querelen bereits im September 2005 wieder. Seit Dezember 2007 ist Julia Tymoschenko erneut Ministerpräsidentin.

Im Gegensatz zu Janukowytsch spricht sie sich eindeutig für den Beitritt zur Europäischen Union aus. Die Frage des NATO-Beitritts behandelt sie vorsichtig und will diesen von einem Referendum abhängig machen.

In den Meinungsumfragen hat Julia Tymoschenko derzeit einen großen Rückstand zu Janukowytsch. Die Prognosen bewegen sich zwischen 14 bis 19,6 Prozent für Tymoschenko im ersten Wahlgang (siehe Tabelle im Anhang). Damit hat die Premierministerin im ersten Wahlgang einen Abstand von etwa 10 Prozent zu Janukowytsch. Julia Tymoschenko gilt als charismatische Wahlkämpferin. Ihr wird die Fähigkeit zugeschrieben, gerade auf verlorenem Posten Boden gut zu machen. Ob es allerdings diesmal ausreichen wird, den Abstand zu Janukowytsch auszugleichen, ist fraglich. In den Prognosen ist dieser auch im zweiten Wahlgang ziemlich groß. Die Prognosen für Tymoschenko liegen bei 24 bis 30 Prozent, die für Janukowytsch zwischen 38 und 46,4 Prozent. Wenn dies so einträfe, würde Janukowytsch die Wahl klar für sich entscheiden. Aller Wahrscheinlichkeit nach können alle anderen Kandidaten nicht direkt in die Stichwahl eingreifen, sondern lediglich indirekt den Wahlausgang beeinflussen, in dem sie ihre Wähler dazu aufrufen, für einen bestimmten Kandidaten zu stimmen. Julia Tymoschenko wird also auf die Stimmen von Juschtschenko, Jatzjenjuk und Tihipko angewiesen sein. Möglicherweise werden viele Ukrainer für sie stimmen, um Janukowytsch zu verhindern. Tymoschenko muss die Unentschiedenen oder Nicht-Wähler sowie die Gegner von Janukowytsch mobilisieren.

Serhij Leonidowytsch Tihipko

Tihipko steht für:

- gleichberechtigte Beziehungen mit der Europäischen Union
- gute Nachbarschaftsbeziehungen mit Russland
- die Ukraine gehört zu Europa und nicht zur EU
- aktive Kontakte zu Zentralasien, China und Indien

Tihipko war früher der Präsident der Nationalbank (2002-2004). In der Presse wird immer wieder behauptet, dass Tihipko 2004, anstatt Wahlkampf für Janukowytsch zu machen, selbst als Präsidentschaftskandidat angetreten wäre, gute Chancen gehabt hätte, Viktor Juschtschenko zu besiegen. Nach 2004 legte er seine politische Karriere auf Eis und ging in die Wirtschaft. Dort war er als Banker sehr erfolgreich und gilt als einer der reichsten Männer in der Ukraine, der auch eigene Mittel für den Präsidentschaftswahlkampf einsetzt.

Tihipko kommt aus Dnipropetrowsk. Es wird spekuliert, dass er ein „technischer Kandidat“ von Julia Tymoschenko ist, um Janukowytsch im Osten den Landes Stimmen abzunehmen. Ob seine Anhänger dann allerdings im zweiten Wahlgang für Julia Tymoschenko stimmen werden, ist fraglich. Er ist Vorsitzender der „Starken Ukraine“, einer Partei, die im Jahr 2000 zur Stärkung des damaligen Präsidenten Kutschma gegründet wurde und im politischen Leben bisher keine Rolle gespielt hat. Für Wahlen braucht man aber eine landesweite Struktur und so ist es gängige Praxis in der Ukraine, bestehende Parteien zu „kaufen“.

Tihipko plant seine Rückkehr in die Politik, unabhängig von seinem Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen und verspricht sich einflussreiche Posten in der Zukunft. Er hat Arsenij Jatzjenjuk in den Meinungsumfragen überholt und liegt bei ca. 7-8 Prozent. Er ist daran interessiert, im Falle eines Wahlsieges von Julia Tymoschenko Premierminister zu werden.

Arsenij Petrowytsch Jatzenjuk

Jatzenjuk steht für:

- „Osteuropäisches Integrationsprojekt“ mit Russland, Belarus, Republik Moldau, Aserbeidschan, Armenien und Georgien im Bereich Industrie- und Landwirtschaftspolitik. In diesem „Osteuropäischen Integrationsprojekt“ soll die Ukraine die Führung übernehmen (als Alternative zur EU)
- Aufbau von „Großeuropa“ vom Atlantik bis zum Stillen Ozean (als Alternative zur EU)
- Beziehungen zu den USA und China sollen ausgebaut werden
- Ukrainisch als einzige Amtssprache

Der Vorsitzende der Partei „Front des Wandels“ ist Jurist und Wirtschaftswissenschaftler. Er begann seine politische Tätigkeit mit einer zivilgesellschaftlichen Initiative „Front des Wandels“, die er inzwischen als Partei registrieren ließ. Arsenij Jatzenjuk war im Frühjahr der große Hoffnungsträger für einen Wandel in der ukrainischen Politik 2009. Es sah so aus, als ob er den langersehnten neuen Typus des ukrainischen Politikers verkörpern könnte. Ein junger smarterer, der englischen Sprache mächtiger Politiker, der trotz seiner Jugend bereits wichtige Posten wie z.B. Chef der Nationalbank, Wirtschaftsminister, Außenminister, Vorsitzender der Werchowyna Rada bekleidet hatte. Er positionierte sich zunächst als liberal-demokratischer, auf europäische und euroatlantische Institutionen orientierter Politiker. Als ein „ukrainischer Obama“ stieß er in die politische Lücke einer ersehnten „dritten Kraft“ (gegen Tymoschenko und Janukowytsch) und als Alternative zu Juschtschenko, da die Wähler kein Vertrauen in die etablierten Politiker mehr hatten. Im Mai feierte Jatzenjuk seinen 35. Geburtstag und erfüllte damit das Mindestalter für Präsidentschaftskandidaten.

Die Hoffnung auf eine neue politische Kraft erklärte seine große Popularität im Frühjahr 2009, als er in Meinungsumfragen bis zu 14 Prozent erreichte und damit in die Nähe von Julia Tymoschenko rückte, die im Juli bei ca. 16 Prozent lag.

Bei seinem Besuch in Brüssel im Frühjahr 2009 erklärte sich Jatzenjuk zum Liberalen, der Mitglied in der ELDR werden wolle. Mittlerweile sind seine liberalen Parolen öffentlich nicht mehr zu hören. Jatzenjuk engagierte für seine Wahlkampagne russische Berater, die 2004 den Wahlkampf für Janukowytsch geführt hatten. Danach vollzog er eine Wende um 180 Grad und gab alle liberalen Ideen auf. Er führt seinen Wahlkampf mit stark populistischen Parolen wie z.B. „Das Land neu industrialisieren“. Seine Wahlkampagne, die vor allem mit militärisch angehauchten Wahlplakaten für eine neue Industrialisierung, starke Militärmacht, Erneuerung des Gesundheitssystems und eine starke Landwirtschaft warb, hat viele Wähler vor den Kopf gestoßen. Er plädiert für einen starken Staat und für die zweifelhafte Idee einer Euroasiatischen Union, die aus der Ukraine, Russland, Belarus und Kasachstan bestehen soll. Ähnliche geopolitische Ausrichtungen finden sich auch bei Janukowytsch und Lytwyn. Mit dieser außenpolitischen Orientierung, die eher antiwestlich ist, verlor er endgültig seine Rolle als Erneuerer in der ukrainischen Politik. Sein politischer Wandel führte dazu, dass er derzeit der Hauptverlierer im Wahlkampf ist. Sein Rating hat sich auf ca. 5-6 Prozent mehr als halbiert. Eine Besonderheit im ukrainischen Wahlkampf ist die Diffamierung von Jatzenjuk als „Jude“ durch den Bürgermeister der Stadt Uschgorod, Sergej Ratuschnjak. Jatzenjuk selbst streitet eine jüdische Abstammung ab. Es ist aber nicht auszuschließen, dass ihn diese Hetzkampagne einige Prozente gekostet haben könnte und zeigt, wie stark antijüdische Ressentiments noch in der ukrainischen Gesellschaft verankert sind und jederzeit mobilisiert werden können.

Viktor Juschtschenko

Juschtschenko steht für:

- Ukrainisch als einzige Staatssprache
- Abzug der Schwarzmeerflotte aus der Ukraine 2017
- Mitgliedschaft in der Europäischen Union
- Festigung des Euroatlantischen Systems der kollektiven Sicherheit (damit ist, ohne es zu sagen, der NATO-Beitritt gemeint)
- Die Ukraine bestimmt selbständig die Außenpolitik gemäß nationaler Interessen

Juschtschenko ist zweifelsohne der prowestlichste ukrainische Politiker. Es ist ihm aber nicht gelungen, seine Überzeugungen, dass die Ukraine Mitglied der EU und der NATO werden sollte, durch beharrliche, konsistente Reformpolitik auch umzusetzen. In seinem Wahlprogramm wird die in der Ukraine stark umstrittene NATO-Mitgliedschaft aus taktischen Gründen nicht erwähnt, sondern nur als „Festigung des Euroatlantischen Systems der kollektiven Sicherheit“ beschrieben.

„Er hat alles falsch gemacht“ erklärt der ukrainische Schriftsteller Andrej Kurkow und spiegelt damit die Ansicht vieler ukrainischer Intellektueller, aber auch vieler enttäuschter Anhänger der orangenen Revolution wieder. Juschtschenko hat die Ukraine vor allem „ex negativo“ definiert. In Abgrenzung zu Russland, aufbauend auf dem nationalen Narrativ des Holodomor, der von der sowjetischen Führung 1932/1933 erzwungenen Hungersnot, an der allein in der Ukraine zwischen 3 bis 3,5 Mio. Menschen starben.

Trotzdem hat Juschtschenko viel für den Aufbau eines neuen Nationalbewusstseins „Wir sind Ukrainer“ getan, das auch von den russischsprachigen Ukrainern im Osten des Landes geteilt wird.

Er und, fairerweise muss man das sagen, auch Julia Tymoschenko als die Protagonisten der Orangenen Revolution, haben es nicht geschafft, für ein konsistentes Reformprogramm zu sorgen, die Korruption zu bekämpfen und, wie 2004 versprochen, die Verantwortlichen für politische Morde, u.a. an dem Journalisten Gongadse vor Gericht zu stellen. Es fehlte vor allem die positive Definition „Für was steht die Ukraine im 21. Jahrhundert?“. So wichtig die Aufarbeitung der Geschichte ist, es geht vor allem darum, jungen Menschen eine Perspektive in ihrem Land aufzuzeigen, damit sie bleiben und mithelfen, das Land von unten zu verändern.

Innerhalb der vergangenen fünf Jahre ist die Zustimmung zu Juschtschnkos Politik von 58% auf ca. 4% gesunken. Er hat keine Chance, in die zweite Runde zu kommen. Vielleicht gelingt es ihm, die Partei „Nascha Ukraina“ von unten neu aufzubauen und bei den nächsten Parlamentswahlen ins Parlament einzuziehen. Spekuliert wird auch, dass Juschtschenko unter einem Präsidenten Janukowytsch Premierminister werden könnte. Am 25. Dezember ist in den Medien eine Vereinbarung zwischen Juschtschenko und Janukowytsch aufgetaucht, die dies schriftlich festlegt. Ob diese echt ist, ist nicht bewiesen. Sie könnte auch ein Wahlkampfmittel seiner Gegner sein.

Aus westlicher Sicht ist es schwer vorstellbar, Koalitionen mit dem politischen Hauptgegner einzugehen. Doch auch Tymoschenko und Janukowytsch haben dies im Juni versucht. Letztlich sind die verschiedenen politischen Kräfte in der Ukraine zur Zusammenarbeit verurteilt. Allerdings bewegt sich diese bisher eher auf der Ebene von Abkommen zur Durchsetzung kurzfristiger Ziele und ist nicht als echte Bereitschaft politische Koalitionen einzugehen zu werten.

Wolodymyr Mychaliowytsch Lytwyn

Lytwyn tritt ein für:

- Blockfreien Status für die Ukraine (damit ist gemeint: kein Beitritt zur NATO)
- Neuaufnahme der Verhandlungen über die Gründung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes mit Russland, Belarus und Kasachstan
- Abkommen mit der EU über Zusammenarbeit, freien Verkehr von Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital
- Nationalisierung aller Erdöl- Und Erdgasvorkommen

Lytwyn ist Akademiemitglied und leitete unter Präsident Kutschma die Präsidialadministration (1999-2002). Er war Vorsitzender der Werchowyna Rada (2002-2004) und hat diesen Posten seit Dezember 2008 erneut inne. Er hat keine Chancen, in die zweite Runde zu kommen, kann den Wahlausgang aber beeinflussen, wenn er seine Anhänger dazu aufruft, im zweiten Wahldurchgang für Janukowytsch zu stimmen.

Petro Mykolajowytsch Simonenko

Er ist seit der Wiedergründung der Kommunistischen Partei der Ukraine im Jahre 1993 ihr Vorsitzender. Die Kommunistische Partei ist die einzige ideologische Partei in der Ukraine mit ca. 160.000 Mitgliedern, die aber nur mit ca. 5 Prozent im Parlament vertreten ist.

Er tritt ein für:

- Abschaffung des Präsidentenamtes
- Sozialistische Entwicklung der Ukraine
- Kein NATO-Beitritt, gesetzliche Neutralität
- Revision des Abkommens mit der WTO

Mit ca. 2-3 Prozent spielt er nur als Stimmgeber für Janukowytsch im zweiten Wahlgang eine Rolle. Es ist wenig wahrscheinlich, dass er Julia Timoschjenko unterstützen wird, da sie das Gesetz über die „Erhöhung der sozialen Standards“, für das sich Kommunisten und die Partei der Regionen stark gemacht haben, ablehnt.

Oleg Jaroslawowytsch Tiahnybok

Oleg Tiahnybok ist ein Arzt aus Lemberg und war früher in der „Ruch“ und Juschtschenkos „Nascha Ukraina“ aktiv. Aufgrund seiner antirussischen und antisemitischen Äußerungen wurde er aus der Fraktion „Nascha Ukraina“ ausgeschlossen. Seit 1991 war er Mitglied der Sozialnationalen Partei der Ukraine (SNPU), seit 2004 Vorsitzender der SNPU, die seitdem Allukrainische Vereinigung „Freiheit“ heißt. Er rühmt sich enger Verbindungen zu Jean-Marie Le Pen. Tiahnybok ist vor allem auf regionaler Ebene im Westen der Ukraine erfolgreich und mit zehn Abgeordneten im Gebietsrat von Lemberg sowie 50 Abgeordneten im Gebietsrat von Ternopil vertreten, das sind in Ternopil immerhin ein Drittel aller Abgeordneten.

Er tritt ein für:

- Überprüfung der politischen Vergangenheit der Machthaber
- Einen starken Präsidenten

- Die Krim soll den Status einer autonomen Republik verlieren und zu einer normalen Gebietskörperschaft herunter gestuft werden, allerdings durch ein nationales Referendum
- Wiedererlangung des Status der Ukraine als Atommacht
- Einführung von Visa für Russland und symmetrische Visabehandlung für alle anderen Staaten

Tiahnybok hat durch die Wirtschaftskrise starken Zulauf erhalten. Auch die von der Orangen Revolution Enttäuschten sehen in ihm eine Alternative zu den Hauptkandidaten. Im Westen wird er den Kandidaten des orangenen Lagers (Tymoschenko, Juschtschenko und Jatzenjuk) Stimmen abjagen, sein Rating liegt bei ein bis zwei Prozent.

Wasyl Protywsich

Wasyl Protywsich ist Präsident der Handelskammer in Iwano-Frankiwsk. Das ukrainische Wahlsystem weist eine Besonderheit auf. Es gibt neben der Möglichkeit für Kandidaten zu stimmen, auch die Möglichkeit „gegen alle“ zu stimmen. Es erinnert eher an ein Kabarettstückchen, dass Wasyl Humeniuk sich in „Protywsich“ umbenannt hat, was gleichbedeutend ist mit „Gegen alle“. Er hofft damit, die Stimmen derer, die mit den etablierten Politikern unzufrieden sind, auf sich zu ziehen. Er spielt politisch mit unter 1% der Stimmen keine Rolle und wird dies auch in Zukunft nicht tun.

Wie geht es weiter?

Von der Aufbruchstimmung der Orangen Revolution ist wenig geblieben. Vor allem ist es nicht gelungen, die Mechanismen der ukrainischen Politik zu verändern. Es gibt nach wie vor keine Programmparteien. Dazu wäre die staatliche Parteienfinanzierung eine wichtige Voraussetzung. Gewählt werden in der Ukraine Personen, nicht politische Programme. Diese spielen im Präsidentschaftswahlkampf deshalb auch nur eine untergeordnete Rolle. Die Folge ist, dass ukrainische Politiker sich in erster Linie nicht für Werte und politische Ziele einsetzen. Es geht vielmehr darum, Macht und Einfluss zu sichern und damit den eigenen Anhängern Spielraum für ihre Partikularinteressen zu geben. Ein „Allgemeinwohl“ oder die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Ukraine, getragen gar von einem politischen Konsens aller politischen Kräfte, spielt eine untergeordnete Rolle. Derjenige, der Präsident oder Premierminister wird, kann seinen Anhängern wichtige Posten z.B. als Minister, verschaffen. Deshalb finanzieren einflussreiche Geschäftsleute nicht die Kandidatin oder den Kandidaten, der ihre politische Überzeugung vertritt, sondern von dem sie sich die bestmögliche Sicherung ihres eigenen Einflusses auf die Politik zur Durchsetzung der eigenen Geschäftsinteressen versprechen. Und da keiner keinem traut, sitzen viele Geschäftsleute selbst im Parlament, anstatt ihre Interessen von Lobbyisten vertreten zu lassen. Bisher scheint es lukrativer und erfolgversprechender zu sein, mit Hilfe eines Abgeordnetenmandats die eigenen Interessen durchzusetzen, als seinen wirtschaftlichen Interessen, z.B. als Firmenchef nachzugehen. Auch die Immunität, die vor Anklagen schützt, spielt eine wichtige Rolle für Geschäftsleute, sich als Abgeordnete wählen zu lassen.

Ein wichtiges Ergebnis der Orangen Revolution ist die Pressefreiheit. Allerdings gibt es keine wirklich unabhängigen Medien. Die Oligarchen haben sich Fernsehsender und Zeitungen gekauft, um ihre Politik auch in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Bisher gibt es eine große Vielfalt

unterschiedlicher politischer Richtungen, die sich gegenseitig in Schach halten. Im Unterschied zu Russland ist keine politische und wirtschaftliche Macht derzeit stark genug, allein an die Macht zu kommen. Sollten sich alle Oligarchen eines Tages auf einen Politiker einigen, den sie unterstützen wollen, dann hätte die Medienvielfalt ein jähes Ende.

Eine Forderung der unabhängigen Journalisten in der Orangen Revolution war die Einführung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks und Fernsehens. Präsident Juschtschenko verlor daran schnell das Interesse. Das könnte mit dem tiefen Misstrauen zu tun haben, Medien zu schaffen, die tatsächlich nicht von der Regierung kontrolliert werden. Alle Versuche, öffentlich-rechtliche Sender aufzubauen, sind bisher fehlgeschlagen. Sie wären aber eine wichtige Voraussetzung für politische Unabhängigkeit und eine nicht interessengeleitete Informationspolitik.

Das vielleicht wichtigste Ergebnis der Orangen Revolution ist, dass die Ukrainer die Erfahrung gemacht haben, dass sie selbst ihre politischen Geschicke in die Hand nehmen können. Immerhin fanden zweimal demokratische Parlamentswahlen statt. Das Selbstvertrauen der Ukrainer, etwas ändern zu können, ist gewachsen. Dies führt immer wieder dazu, dass es politische Überraschungen gibt. Ein bedeutendes Ereignis war im Juni 2009 das Scheitern einer großen Koalition zwischen Tymoschenko und Janukowytsch, die zum Ziel hatte, die Präsidentschaftswahlen zu vermeiden und die Posten des Präsidenten und des Premierministers sowie die Reform der Verfassung unter den Parteien BJUT und Partei der Regionen auszumachen. Die deutliche Ablehnung der Medien und der Bevölkerung (und vielleicht auch die Überzeugung von Janukowytsch, auch ohne Julia Tymoschenkos Hilfe die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen) führte dazu, dass die Koalition „divide et impera“ nicht zustande gekommen ist. Das politische System ist noch lange nicht stabil und die Ukraine bleibt in Bewegung. Außenpolitisch ist nicht davon auszugehen, dass nach den Wahlen ein fundamentaler Kurswechsel stattfinden wird. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, die politische Blockade des Landes zu beseitigen und die Ukraine wirtschaftlich zu stabilisieren. Wer immer auch die Wahl gewinnt, wird sparen müssen, den Haushalt konsolidieren, die Energiepreise erhöhen, die Sozialsysteme reformieren etc.

Szenarien

Die Präsidentschaftswahlen werden aller Wahrscheinlichkeit nach nur von zwei Kandidaten entschieden: Julia Tymoschenko und Viktor Janukowytsch. Für die Beziehungen zur EU sind wenige Änderungen zu erwarten. Beide Kandidaten sind an engen Beziehungen zur EU interessiert. Tymoschenko gilt im Vergleich zu Janukowytsch als proeuropäischer, weil sie weiterhin das Ziel der EU-Mitgliedschaft verfolgt, während Janukowytsch in seinem Wahlprogramm für eine nicht näher definierte „strategische Partnerschaft“ mit der EU eintritt. Größere Unterschiede gibt es beim NATO-Beitritt, den die Partei der Regionen derzeit ablehnt. Julia Tymoschenko knüpft diesen an ein Referendum. Es bleibt abzuwarten, ob der NATO-Beitritt nach der Wahl auf der politischen Agenda wieder eine größere Rolle spielt. Im Jahr 2009 und auch im Wahlkampf spielte das Thema NATO keine große Rolle.

Im Vorfeld der Wahlen wird viel über Wahlfälschung gemunkelt. Diese Gefahr besteht vor allem bei den mobilen Wahlurnen, die für diejenigen eingesetzt werden, die nicht selbst zur Wahl gehen können. Sollte Janukowytsch den zweiten Wahlgang mit nur geringem Abstand für sich entscheiden, dann ist nicht auszuschließen, dass Tymoschenko das Wahlergebnis anfecht. Dies kann sie gerichtlich und durch Mobilisierung ihrer Anhänger auf der Straße tun. Eine Wiederholung

der Massenproteste von 2004 und die Durchführung eines dritten Wahlganges ist aufgrund der Politikmüdigkeit wenig wahrscheinlich. Allerdings würde die Anfechtung der Wahlen die politische und wirtschaftliche Blockade im Land zumindest für einige Monate fortsetzen. Im günstigsten Fall führt eine Wahlanfechtung zu einem Kompromiss zwischen beiden Protagonisten.

Der Kompromiss könnte z.B. beinhalten, dass Janukowytsch Präsident wird und Julia Tymoschenko Ministerpräsidentin bleibt. Politisch machbar, denn politische Übereinstimmung wurde zwischen beiden Parteiführern im Juni-Abkommen zäh ausgehandelt. Hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung wären auch keine großen Überraschungen zu erwarten. Die europäische Orientierung ist in unterschiedlicher Ausprägung bei beiden Kandidaten gegeben. Die NATO-Frage wird erst einmal auf Eis gelegt und zu einem späteren Zeitpunkt neu verhandelt.

Wenn Janukowytsch die Wahlen mit einem großem Abstand von mehr als 10 Prozent für sich entscheidet, dann ist es denkbar, dass er die Parlamentswahlen, die erst für 2011 anstehen, vorzieht und sich neben der außenpolitischen Macht als Präsident auch die innenpolitisch bedeutende Mehrheit des Parlamentes zu holen.

Sollte Julia Tymoschenko gewinnen, dann wird sie im Parlament eine stabile Mehrheit hinter sich bringen. Russland mischt sich diesmal nicht in den Wahlkampf zugunsten eines Kandidaten ein. Muss es auch nicht, denn die beiden Protagonisten sind bereit, die Beziehungen zu Russland zu verbessern. Wladimir Putin hat gute Beziehungen zu beiden, im Hinblick auf seine Kollegin Tymoschenko ließ er verlauten, er fühle sich in der Zusammenarbeit mit Julia Tymoschenko „komfortabel“.

Die wirklich wichtige Frage ist die nach der politischen und wirtschaftlichen Reform, die dringend notwendig ist und jetzt ohne die Begeisterung der Orangen Revolution in einer zweiten Transformationsphase durchgeführt werden müsste. Wie sich die beiden Präsidentschaftskandidaten die Reform der Sozialsysteme vorstellen, die Sanierung des Staatshaushaltes, die Reform des Rechtssystems, den Kampf gegen die Korruption, um nur einige wenige wichtige Punkte zu nennen, bleibt offen. Die Ukrainer erwarten, dass sich ihre wirtschaftliche Lage schnell verbessert. Geduld mit der Politik steht nicht auf der Tagesordnung. Wer immer auch gewinnt, muss schnell und überzeugend gleichzeitig viele Reformprojekte anpacken. Ob das eine politische Kraft alleine schafft, ist fraglich. Möglicherweise sind BJUT und die Partei der Regionen zur Zusammenarbeit verdammt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Viktor Janukowytsch bei einem knappen Wahlergebnis mit Julia Tymoschenko kooperiert ist höher als umgekehrt. Ob diese Kooperation stattfindet und erfolgreich sein wird, bleibt derzeit offen.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

Überblickstabelle zu den Präsidentschaftsfahlen in der Ukraine 2010

Nr.	Name	Amt	Webseite	Programmatik (ausgewählte Ziele)
1.	Arsenij JAZENJUK (*1974)	MdP, Vorsitzender der Partei „Front Smin“ („Front des Wandels“)	www.arseniy.org	<ul style="list-style-type: none"> – Neue Industrialisierung in den nächsten 10 Jahren; – Rückkehr zu großen, industrialisierten Landwirtschaftsbetrieben; – Nach den Präsidentschaftswahlen soll unverzüglich das neue Parlament gewählt werden; – Kiew soll wieder zum Führungszentrum der osteuropäischen Zivilisation werden. Osteuropäisches Integrationsprojekt für Aserbaidschan, Belarus, Armenien, Georgien, Kasachstan, Moldova, Russland: gemeinsame Politik im Bereich Industrie- und Landwirtschaft. Kiew kann und soll zum Federführer des osteuropäischen Integrationsprojektes werden; – Aufbau von „Großeuropa“ vom Atlantik bis zum Stillen Ozean, wo die Ukraine zu einem der führenden Staaten werden soll, denn Europa liegt nicht nur innerhalb der EU-Grenzen. Die Ukraine wie auch viele andere Länder, die nicht zur EU gehören, ist historisch, kulturell und zivilisationsmäßig Europa. – „Großeuropa“ soll eine möglichst größere gegenseitige Abhängigkeit von europäischen Ländern anstreben. Darin liegt eine wirksame Gewähr der gemeinsamen europäischen Sicherheit; – Die Ukraine als ein Mitglied der großen gesamteuropäischen Familie wird Beziehungen zu einflussreichen Zentren der modernen Welt wie die USA und China ausbauen; – Keine Allianz garantiert Sicherheit ohne eine kampfbereite moderne Armee; – Ukrainisch als die einzige Amtssprache; (keine besondere Erwähnung von Russland, EU und NATO)
2.	Viktor JANUKO-WYTSCH (*1950)	MdP (Fraktion der Partei der Regionen), Fraktionsvorsitzender, Parteivorsitzender	www.yanukovych.com.ua	<ul style="list-style-type: none"> – In 10 Jahren soll die UA zu G-20 gehören – „Steuerferien“ für Kleinunternehmen für 5 Jahre – Zwei Amtssprachen – Ukrainisch und Russisch – Übergang zu einer Berufsarmee ab 2011; – Wiederherstellung der freundlichen, und beiderseitig vorteilhaften Beziehungen mit Russland und den GUS-Staaten. Fortführung der strategischen Partnerschaft mit den USA, der EU und den G-20 Ländern; – Blockfreier Status für die UA (sprich: erzieht auf NATO-Beitritt) – 50 Mio. Ukrainer bis 2020 (momentan unter 46 Mio.) (keine Erwähnung des NATO-Referendums)

3.	Viktor JUSCHT-SCHENKO (*1954)	Staatspräsident, Vorsitzender der Partei „Nascha Ukraina“ (Unsere Ukraine)	www.nashvybir.com.ua	<ul style="list-style-type: none"> – Beamtenstatus für Beschäftigte im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie im Bereich Kultur (als Folge – höhere Renten). Besteuerung von Luxusartikeln. Zusatzzahlungen zu den Renten für Verfolgte des Stalinregimes; – Weniger Parlamentsabgeordnete, offene Wahllisten, keine Immunität für Präsident, Abgeordnete und Richter; – Strategieziel – EU-Beitritt. Zusammen mit den europäischen Nachbarn wird die UA das euratlantische System der kollektiven Sicherheit festigen; – Schwarzmeerflotte soll 2017 gemäß der Verfassung der UA und den abgeschlossenen Abkommen die Ukraine verlassen; – Die UA bestimmt selbstständig die Außenpolitik gemäß nationaler Interessen; – Fortsetzung der Militärreform. Schaffung von mächtigen, professionellen Berufsstreitkräften; (keine besondere Erwähnung von Russland und NATO)
4.	Wolodymyr LYT-WYN (*1956)	Parlamentspräsident, Vorsitzender der „Narodna Partija“ („Volkspartei“)	www.lytvyn-v.org.ua	<ul style="list-style-type: none"> – Spitzenlohn im Staatssektor ist 5 Mindestlöhnen gleich. Mindestlohn soll Wohnungsmiete, Nebenkosten, Bildungskosten, medizinische Betreuung, Verpflegung und Erholung bezahlbar machen – Nationalisierung aller Erdöl- und Erdgasvorkommen – Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch moralische Stimulierung (wie in der UdSSR: Wanderbanner, Orden, Ehrentitel etc.); – Rückkehr zu großen, industrialisierten Landwirtschaftsbetrieben; – Wählbarkeit der Richter; – Blockfreier Status der UA aufgrund aktiver Neutralität; – Einheitlicher Wirtschaftsraum mit Russland, Belarus und Kasachstan; – Abkommen mit der EU über Zusammenarbeit, freien Verkehr von Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital; – Schaffung von modernen Streitkräften;
5.	Wassyl PROTYW-SICH (Deutsch: gegen alle), extra zur Wahlkampagne geänderter Name, eigentlich Wassyl HUMENIUK (*1946)	Präsident der Industrie- und Handelskammer in Iwano-Frankiwsk		<ul style="list-style-type: none"> – Aufheben aller Steuern, nur eine Einheitssteuer bleibt – 10% – 10-jährige Schule – Berufsarmee – Die UA in eine „Schweiz für Osteuropa“ verwandeln (keine besondere Erwähnung von EU, Russland und NATO)

6.	Petro SYMONENKO (*1952)	MdP (Fraktion der Kommunistischen Partei), Fraktionsvorsitzender, Parteivorsitzender	www.kpu.net.ua	<ul style="list-style-type: none"> - Nationalisierung von Basisressorts der Industrie (Metall-, chemische, Rohstoffgewinnungsindustrie), Einführung der Planwirtschaft - Referendum über das Russische als die zweite Amtssprache - Schutz der kanonischen (sprich: russischen) orthodoxen Kirche - Volkseigentum an Grund und Boden; - Revision des Abkommens mit der WTO; - gesetzliche Festlegung der Neutralität und Blockfreiheit, kein NATO-Beitritt; - aktive Unterstützung der Ideen zur Struktur der gesamteuropäischen und euroatlantischen Sicherheit: Verzicht auf Konfrontationsdenken und Blockbildung; - Abstimmung über die Notwendigkeit eines EWR-Beitritts und die Unzulässigkeit eines NATO-Beitritts im Rahmen eines allukrainischen Referendums 2010; - Abschaffung des Amtes des Staatspräsidenten; - Parlamentswahlen 2010, Niederlegung der Vollmachten des Präsidenten zugunsten des Parlaments; - Sozialistischer Entwicklungsweg des Landes
7.	Oleh TIAHNYBOK (*1968)	Vorsitzender der Allukrainischen Vereinigung „Swoboda“ (Freiheit)	www.tyahnybok.info	<ul style="list-style-type: none"> - Lustration der Macht; - Parlament mit 300 Abgeordneten, Legislaturperiode 3 Jahre; - Wählbarkeit der lokalen Richter; - symmetrisches Visumregime mit anderen Ländern; - strenge Maßnahmen gegen illegale Immigration und verstärkter Grenzschutz; - bilaterale Abkommen über eine Legalisierung von Arbeitsemigranten aus der Ukraine; - Austritt aus allen eurasischen Bündnissen mit Zentrum in Moskau - Einführung eines Visumregimes mit Russland; - Schaffung einer geopolitischen Baltikum-Schwarzmeer-Achse; - Bilaterale militärische Beistandsabkommen mit den USA und Großbritannien für den Fall einer Aggression gegen die UA; - Beteiligung der Ukraine an einem Europa der freien Nationen; - Berufsarmee; - Status einer Atommacht für die Ukraine;
8.	Serhij TIHIPKO (*1960)	Politiker	www.tigipko.com	<ul style="list-style-type: none"> - Wiederbeleben des Bankensystems, staatliche Investitionsprojekte, Bau von Strassen und Brücken; - Schutz des einheimischen Produzenten, Import wird teurer; - Schaffung und Regelung des Grund- und Bodenmarktes, Gründung einer staatlichen Agrarbank; - Steuersenkung, Vereinfachung des Steuersystems; - Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung;

				<ul style="list-style-type: none"> - Aktive Kontakte zu Zentralasien, China und Indien, gleichberechtigte Beziehungen mit der EU, gute Nachbarschaftsbeziehungen mit Russland; - Die UA gehört zu Europa und nicht zur EU; gleichberechtigte Beziehungen mit der EU; Betreuung einer unabhängigen Politik; Bestrebung zur Vereinfachung des Visumregimes bis zur vollen Aufhebung der Visumspflicht; Entwicklung der Beziehungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens - Starke Position des Präsidenten – präsidentiale Republik, Präsident kontrolliert die Regierung; - Beziehungen zu Russland neu gestalten; möglichst breite humanitäre und wirtschaftliche Beziehungen einschließlich im militärisch-industriellen Bereich; - Russisch als Sprache der interethnischen Kommunikation;
9.	Julia TYMOSCHENKO (*1960)	Premierministerin der Ukraine, Vorsitzende der Partei „Batkiwschtschyna“ („Vaterland“)	www.tymoshenko.ua	<ul style="list-style-type: none"> - Unabhängigkeit der Justiz (auch finanzielle von den exekutiven Organen), Wählbarkeit und Möglichkeit der Abberufung von Richtern; - Schutz von Journalisten vor dem Einfluss seitens der Macht und des politisierten Kapitals, Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks; - Organe der lokalen Selbstverwaltung werden eigene Exekutivorgane bilden; - Kredite werden auf das europäische Niveau reduziert und langfristig gemacht werden; - Mitgliedschaft in der EU als Ziel, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und der GUS; - jeder Beitritt der Ukraine in ein beliebiges System der kollektiven Sicherheit wird ausschließlich durch ein Referendum entschieden. Berufsarmee; - Überarbeitung der Verfassung, Ende der Doppelmacht;

Meinungsumfragen November/Dezember 2009

Quelle	Janukowytsch		Tymoschenko		Tihipko	Jaze- niuk	unterstütze keinen		weiß nicht		keine Wahlbe- teiligung	
	17. Januar	Stichwahl 7. Februar	Stichwahl 17. Januar	Stichwahl 7. Februar			17. Januar	Stichwahl 7. Februar	17. Ja- nuar	Stich- wahl	17. Januar	Stich- wahl 7. Februar
	Ukrainian Sociol- ogy Service	29,9	46,4	19,6			30	8,9	5,3	4,1	15,4	15,5
Kiewer internatio- nales Institut für Soziologie	30,3/42,2 *	43,3/57,9*	16/22*	29,2/39,1*	7	4	2	2/3*	21,4	9,5	29	26
Stiftung „Öffentli- che Meinung“	29	38	14	24,1	6	6	8,5	22,2	16	9,6	6	6,7

Alle Daten in %

* Im Zähler wird das Ergebnis von der Zahl der Stimmberechtigten, im Nenner von der Zahl der Wahlberechtigten angeführt.

1. Ukrainian Sociology Service ist ein zuverlässiges ukrainisches Forschungsinstitut. Ihr Leiter ist der Abteilungsleiter des Instituts für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften Olexander Wyschniak.

Die Befragung wurde vom 12.-23. Dezember 2009 durchgeführt, 2998 Befragte nach der nationalen Quotenauswahl der Stimmberechtigten, Verfahrensfehler 1,8%.

2. Das Kiewer internationale Institut für Soziologie (KIIS) ist seit 1992 zusammen mit dem Paragon Research International ein Ukrainisch-Amerikanisches Forschungsinstitut. 1995 wird das KIIS zum Mitglied der ESOMAR (European Society for Opinion and Market Research).

Die Befragung wurde vom 12.-24. Dezember 2009 durchgeführt, 4074 Befragte wurden in 144 Orten nach der stochastischen Auswahl der Stimmberechtigten im allukrainischen Interview-Verfahren befragt. Statistischer Fehler beträgt max. 2,3 % für Daten um 50%, 2% für Daten um 25%, 1,4 % für Daten um 10%, 1% für Daten um 5%.

3. Stiftung „Öffentliche Meinung-Ukraine“ ist eine Filiale der russischen regierungsnahen Stiftung „Öffentliche Meinung“. Sie wird hier als ein Beispiel für die russische Analyse der Situation angeführt.

Die Befragung wurde vom 12.-22. November 2009 durchgeführt, 1000 Befragte über 18 Jahre aus 85 Orten der Ukraine. Verfahrensfehler 3,2%

Als zuverlässigste Quellen bei politischen Meinungsumfragen in der Ukraine gelten das Rasumkow-Zentrum für ökonomische und politische Studien, die Stiftung „Demokratische Initiativen“ und das Kiewer internationale Institut für Soziologie. Die beiden ersten haben keine aktuellen Befragungen durchgeführt, die Ergebnisse vom Oktober sind veraltet und deshalb hier nicht aufgeführt .